

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Klaus Lederer (LINKE)**

vom 30. April 2015 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Mai 2015) und **Antwort**

Wie steht es um Berlins Grundwasser?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie hat sich die Qualität des Grundwassers, aus dem das Berliner Trinkwasser gewonnen wird, in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, welche Probleme mit Kontaminationen des Grundwassers gab es in dem genannten Zeitraum (bitte nach Jahr und Ort und Wasserwerken aufschlüsseln) und wie haben sich die wichtigsten Schadstofffahnen entwickelt?

Antwort zu 1: Die Qualität des Grundwassers hat sich grundsätzlich in weiten Teilen Berlins durch z.T. jahrzehntelange Sanierungs- bzw. Sicherungsmaßnahmen hinsichtlich vorhandener Boden- und Grundwasserunreinigungen deutlich und nachhaltig verbessert.

Bezüglich der Entwicklung von Schadstofffahnen können zusammengefasst nachfolgende Aussagen getroffen werden:

Im Bereich der Wasserwerke Tiefwerder, Spandau und Tegel wurden Schadstofffahnen durch Methyl-tert-butylether (MTBE), leichtflüchtige chlorierte Kohlenwasserstoffe (LCKW) bzw. Arsen nachgewiesen, die im Rahmen eines Monitorings regelmäßig überwacht werden. Bislang waren akute Gefahrenabwehrmaßnahmen nicht erforderlich. Die Grundwasseruntersuchungen haben in den letzten zehn Jahren keine großen Veränderungen gezeigt.

Die beiden Wasserwerke Johannisthal und Wuhlheide liegen im Ökologischen Großprojekt Berlin. Bei beiden Wasserwerken wurden jeweils drei Schadstofffahnen nachgewiesen, die den Förderbrunnen aus unterschiedlichen Richtungen zufließen. Zum Schutz der Trinkwasserversorgung wurden bereits in den 1990er Jahren Sicherungsbrunnen errichtet, mit denen das kontaminierte Grundwasser gefördert und mittels sechs Grundwasserreinigungsanlagen gereinigt wird. In den letzten zehn Jahren wurden die Schadstoffe soweit abgereinigt, dass bereits zwei dieser Sicherungsmaßnahmen eingestellt

werden konnten. Für die anderen Schadstofffahnen ist ebenfalls ein deutlicher Schadstoffrückgang festzustellen, der mittelfristig - bis auf eine Ausnahme - eine Beendigung auch der anderen Maßnahmen erwarten lässt.

Im Bereich des Wasserwerkes Friedrichshagen wurden zwei Schadstofffahnen festgestellt, die durch aktive Sicherungsmaßnahmen im Vorfeld der Förderbrunnen abgefangen werden. Bei beiden Schadstofffahnen haben sich in den letzten zehn Jahren keine relevanten Veränderungen ergeben.

Frage 2: Wie hat sich die Arsenbelastung im Wasserwerk Tegel entwickelt, die aus der Schleifung einer Fabrik aus dem 1. Weltkrieg resultierte?

Antwort zu 2: Durch eine angepasste Brunnenfahrweise wurde in den letzten Jahren die Arsenfahne fixiert und die Berliner Wasserbetriebe messen an den Brunnen weitgehend konstante Arsengehalte. Im Reinwasser liegen die Arsenkonzentrationen mit $< 0,003$ mg/L nach wie vor deutlich unter dem Grenzwert der Trinkwasserverordnung von 0,01 mg/L Arsen.

Frage 3: Wie hoch sind die Sulfatbelastungen in den vergangenen zehn Jahren gestiegen und welche Gefahren erkennt der Senat für die Trinkwassergewinnung im Berliner Südosten, welche Maßnahmen werden gegebenenfalls nötig, um die Sulfatbelastung unter die zulässigen Grenzwerte zu drücken?

Antwort zu 3: Die Sulfatkonzentrationen an der Messstelle Müggelspree, Fähre Rahnsdorf Müggelspree sind von 169 mg/L in 2005 auf 257 mg/L (jeweils Jahresmittelwerte) gestiegen.

Weitere Informationen zum Thema Sulfatbelastungen von Spree und Dahme enthält die Schriftliche Anfrage 17/16020.

Frage 4: Was gedenkt der Senat ggf. zu tun, um die Ursachen für die Sulfatbelastung bei den von Vattenfall betriebenen Tagebauen einzuschränken und besteht die Möglichkeit von Schadensersatzforderungen gegenüber dem Verursacher?

Antwort zu 4: Zum ersten Teil der Frage wird auf die ausführliche Beantwortung der Schriftlichen Anfrage 17/16020 verwiesen. Bisher ist Berlin nicht von der Notwendigkeit einer Schadensersatzforderung ausgegangen.

Frage 5: An welchen ehemaligen und aktiven Industriestandorten gab es in den vergangenen zehn Jahren Probleme (bitte nach Ort und Verunreinigungstyp aufschlüsseln), die das Grundwasser in Berlin und die Wassergewinnung beeinträchtigen?

Antwort zu 5: Konkrete standortbezogene Angaben dürfen in der Gesamtheit aus datenschutzrechtlichen Gründen grundsätzlich nicht erteilt werden. Bei Standorten, bei denen das Einverständnis der Pflichtigen für eine Veröffentlichung vorliegt, hat der Senat zur Information der Allgemeinheit im Internet unter <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/bodenschutz/index.shtml> Daten veröffentlicht.

Frage 6: Trifft es zu, dass die Panke, die eigentlich renaturiert werden sollte, umgeleitet wird und gibt es einen Zusammenhang zu möglichen Verunreinigungen des Grundwassers und Kontaminationen durch Industrieanlagen? Wenn ja, welchen?

Antwort zu 6: Nein, es trifft nicht zu, dass die Panke umgeleitet werden soll. Lediglich im südlichen Bereich der Panke wird perspektivisch nach Abschluss der Renaturierung ein Teil des Pankeabflusses zur Speisung der teilweise wiedergeöffneten Südpanke genutzt.

Zusammenhänge zu möglichen Verunreinigungen des Grundwassers und Kontaminationen durch Industrieanlagen bestehen nicht.

Frage 7: Welche Kosten ergaben sich für das Land Berlin und die (zeitweilig teilprivatisierten) Berliner Wasserbetriebe in den vergangenen zehn Jahren, um Altlasten zu sanieren, damit keine Schadstoffe ins Grund- und damit ins Trinkwasser gelangen (bitte nach Jahresscheiben aufschlüsseln)?

Antwort zu 7: In den letzten zehn Jahren wurden durch das Land Berlin insgesamt 129,3 Mio. € für Maßnahmen der Altlastensanierung aufgewendet. Hiervon wurden durch den Bund im Rahmen des Freistellungsverfahrens nach dem Verwaltungsabkommen zum Umweltschutzgesetz 75,8 Mio. € refinanziert. Angaben über Ausgaben der Berliner Wasserbetriebe sind dem Senat nicht bekannt.

Jahr	Ausgaben
2005	11.922.741
2006	9.736.626
2007	13.387.163
2008	17.155.909
2009	14.880.106
2010	9.587.934
2011	13.717.167
2012	14.137.335
2013	10.571.506
2014	14.198.794
Summe	129.295.281

Frage 8: Welche Maßnahmen müssen die Berliner Wasserbetriebe selbst durchführen, um den durch den im Durchschnitt der vergangenen Jahre stark gesunkenen Trinkwasserbedarf in Berlin steigenden Grundwasserspiegel einzudämmen und welche Kosten sind in den vergangenen zehn Jahren jährlich dafür aufgewendet worden? Welche Planungen bestehen diesbezüglich für die kommenden fünf Jahre?

Antwort zu 8: Die Berliner Wasserbetriebe betreiben keine Maßnahmen, um ansteigendes Grundwasser einzudämmen.

Frage 9: Wie hat sich der Schadstoffeintrag im Grundwasser durch Medikamentenrückstände in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, welche Maßnahmen sind nötig, um dem bei der Trinkwassergewinnung Rechnung zu tragen?

Antwort zu 9: Die im Landesmessnetz untersuchten Grundwasserproben zeigen keine Trendentwicklung für Arzneimittelrückstände, sondern liegen bis auf wenige Einzelwerte konstant unter 0,05 µg/L.

Frage 10: Welche Erkenntnisse hat das Wissenschaftsprojekt "Askuris", das von 1. November 2011 bis 30. April 2015 lief, in Bezug auf die Schadstoffeinträge zu Frage 9 erbracht?

Antwort zu 10: Dazu berichten die Berliner Wasserbetriebe:

Im Forschungs- und Entwicklungsprojekt ASKURIS wurden Vorkommen und Verhalten von Spurenstoffen im Ablauf der Kläranlagen, der Oberflächenaufbereitungsanlage und während der Uferfiltration untersucht. Es konnte gezeigt werden, dass durch den demografischen Wandel der Gesellschaft der Medikamentenverbrauch in den letzten Jahren deutlich steigt. Die Ergebnisse zeigen, dass

viele Spurenstoffe in dem teilgeschlossenen Wasserkreislauf in Tegel sehr effektiv entfernt werden. Einzelne Spurenstoffe werden im Oberflächenwasser und auch im Uferfiltrat mittlerweile mit modernsten Nachweismethoden im Nano-(Milliardenstel)-Bereich nachgewiesen, aber nicht im landseitigen Grundwasser.

Es wurden mögliche Maßnahmen für die Spurenstoffentfernung in Szenarien untersucht und bewertet. Aktivkohle oder Ozon ist grundsätzlich zur Spurenstoffentfernung (Breitbandwirkung) geeignet. Es können aber nicht alle Spurenstoffe gleichermaßen entfernt werden. Es wurde eine Entscheidungsmatrix aufgestellt, die einerseits den untersuchten Stoffen das geeignetste Verfahren zuordnet und andererseits der jeweiligen Technik den erforderlichen Energieeinsatz und die Kosten zuweist. Derzeit wird ein Großversuch vorbereitet, um das Verfahren der Aktivkohledosierung auf Praxistauglichkeit zu testen.

Frage 11: Gab es bei den sogenannten "Hygienesitzungen" zwischen BWB und Landesbehörden in den vergangenen Jahren Auffälligkeiten oder bedenkliche Entwicklungen? Wenn ja, welche, mit welchen Konsequenzen und daraus resultierenden Kosten?

Antwort zu 11: Dazu berichtet das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo):

Die Zentrale Kommission für Hygiene und Schutzzonen (ZKHS) trifft sich einmal jährlich. Grundlage ist die Überwachung der zentralen Wasserversorgungsanlagen und dazugehörigen Schutzzonen nach der Trinkwasserverordnung durch das LAGeSo. Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) berichten regelmäßig über Entwicklungen in der Trinkwasserqualität. Dazu wird in der Sitzung beraten.

Grundsätzlich werden die chemischen Grenzwerte der Trinkwasserverordnung eingehalten. Aufgrund verbesserter analytischer Messmethoden, die im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsvorhabens ASKURIS etabliert wurden, sind die BWB seit kurzer Zeit in der Lage, vermehrt Spurenstoffe in sehr geringen Konzentrationen im Trinkwasser nachzuweisen. Die BWB veröffentlichen die Analysedaten der Wasserwerke auf ihren Internetseiten. Die Entwicklung der Spurenstoffnachweise wird mit großer Achtsamkeit verfolgt. Diese Sachverhalte werden auch auf der ZKHS-Sitzung thematisiert.

Nach der Trinkwasserverordnung sind die Unternehmer oder sonstigen Inhaber einer Wasserversorgungsanlage für die Durchführung von Maßnahmen im Falle einer Nichteinhaltung von Grenzwerten oder der Nichterfüllung von Anforderungen verantwortlich und tragen hierfür die Kosten. Hinsichtlich der Spurenstoffe werden derzeit in einer Fortsetzung des Forschungsvorhabens ASKURIS technische Maßnahmen erprobt. Zu eventuell resultierenden Kosten können keine Angaben gemacht werden.

Berlin, den 18. Mai 2015

In Vertretung

R. L ü s c h e r

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Mai 2015)